Hannoversche Allgemeine ZEITUNG

Freitag, 16. Januar 2026

Nr. 13 | 2. Woche | 2,80 €

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

www.haz.de



Ein Land wie gelähmt

Nachdem das Regime Proteste gewaltsam niedergeschlagen hat, ist der Iran in Schockstarre. Über allem steht die Frage: Was machen die USA? Seite 4



Große Pläne
Werner Dicke und Kristina Osmers träumen von einem Haus für Alleinerziehende und Alleinstehende. Seite 17



Große Freude
Der Dreh der Serie „Maxton Hall“ macht Ernst August Junior Hoffnung in Sachen Marienburg. Seite 21

FOTOS: IMAGO/FATEMEH BAHRAMI, TIM SCHAARSCHMIDT, RAINER DRÖSE (ARCHIV)

Niedersachsens Schüler sollen wieder Vergleichsarbeiten schreiben

Das Land will wissen, wie die Leistungen gemessen an anderen Ländern sind. Kultusministerin Julia Hamburg findet das wichtig – und sieht dabei auch Vorteile für Lehrerinnen und Lehrer.

Von Saskia Döhner und Heiko Randermann

Hannover. Niedersachsens Schulen sollen wieder am bundesweiten Bildungsmonitoring teilnehmen. Wie Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) gegenüber dieser Redaktion ankündigte, können Schulen ab dem nächsten Schuljahr bereits freiwillig bei bundesweiten Vergleichsarbeiten mitmachen, etwa in Mathematik in den Jahrgängen drei und acht. Aktuell werde an einem Gesamtkonzept zur datengestützten Qualitätsentwicklung gearbeitet. Damit soll die Teilnahme am Bildungsmonitoring für alle Schulen später auch verpflichtend werden, sagt die Ministerin. Sinnvoll seien nicht nur Vergleichsarbeiten in der dritten und in der achten Klasse, sondern auch Erhebungen zum Schulstart und nach dem Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule.

Bildungsmonitoring sei wichtig, um zu sehen, wo Niedersachsens Schülerinnen und Schüler stehen, aber auch zur Kontrolle, ob eigene Bildungsreformen und Schulentwicklungsprozesse wirkten und den gewünschten Erfolg brächten. Eine Entlastung der Grundschüler erhofft sich Hamburg etwa von der Verlagerung des schriftlichen Dividierens in die weiterführende Schule. In der Grundschule sollten die Kinder das teilschriftliche Verfahren vertiefter lernen, meint sie. Nur wer das sicher beherrsche, könne die klassische schriftliche Division wirklich verstehen. Niedersachsen setze damit eine Vorgabe der Kultusministerkonferenz um. Es handle sich nicht um einen niedersächsischen Alleingang.

> Wer einerseits Freiräume gewährt, muss andererseits besonders genau hinschauen.
>
> **Julia Willie Hamburg,** Kultusministerin

Vergleichstests werden in der Grundschule in Deutsch und Mathematik, in der weiterführenden Schule auch in Englisch absolviert. Für die Lehrkräfte seien sie ein wichtiges Instrument, um zu sehen, wo die eigene Lerngruppe stehe. „Jede Lehrkraft sieht für jeden Schüler und jede Schülerin, welche Kompetenzen er oder sie beherrscht, welche noch nicht, und kann bald auch Arbeitsblätter abrufen, die genau gezielt jedes Kind dort fördern, wo es ist.“ Durch Vergleichstests könne man sehen, wo die niedersächsischen Schüler und Schülerinnen stehen und wie die Lage im Land sei.

Vor sechs Jahren hatte der damalige Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) die unter dem Namen „Vera“ bekannten Vergleichsarbeiten für Dritt- und Achtklässler abgeschafft, um die Lehrkräfte von zusätzlichen Aufgaben zu entlasten.



Ein Land, ein Test: In bestimmten Jahrgängen kommen die Vergleichsarbeiten zurück. FOTO: L. VON STAEGMANN/DPA

Sie habe den Ausstieg aus dem Bildungsmonitoring seinerzeit vehement kritisiert, sagt Hamburg, die 2019 als Bildungsexpertin für die Grünen im Landtag saß.

Sie sagt aber auch, der Nutzwert von „Vera“ sei für die Lehrer nicht besonders groß gewesen. Frühere Vergleichstests seien von den Schülern auf Papier geschrieben worden. Pädagogen hätten sie eingesammelt und korrigiert, aber kein sinnvolles Feedback zur Weiterarbeit in der Klasse erhalten. Die neuen digitalen Vergleichsarbeiten seien weniger aufwendig und böten den Pädagogen ein echtes, individualisiertes Feedback.

Viele Schulen hätten schon von sich aus gefragt, ob sie nicht auch wieder an Vergleichsarbeiten teilnehmen dürfen, berichtet Hamburg. Die Ministerin will den Schulen mehr Freiräume geben, um eigene pädagogische Wege auszuprobieren. „Wer einerseits Freiräume gewährt, muss andererseits besonders genau hinschauen“, sagt sie.

Streit ums Dividieren Seite 8

ISS-Crew zurück auf der Erde

Washington. Erstmals in der Geschichte der Internationalen Raumstation ISS hat die US-Raumfahrtbehörde Nasa eine vierköpfige Besatzung wegen medizinischer Probleme vorzeitig zurück zur Erde geholt. Die Kapsel des Raumfahrtunternehmens SpaceX wasserte gestern in der Nähe von San Diego im Pazifik.

Weniger als eine Stunde nach der Landung verließen die vier Astronauten mit Unterstützung die Kapsel und wurden von SpaceX-Mitarbeitern auf einem Schiff mit Applaus empfangen.

Anschließend wurden die US-Astronauten Zena Cardman und Michael Fincke, der japanische Raumfahrer Kimiya Yui und der russische Kosmonaut Oleg Platonow per Hubschrauber in ein Krankenhaus in San Diego gebracht, wo sie untersucht werden und über Nacht bleiben sollten. Nähere Details zum medizinischen Problem und welches Crew-Mitglied es betreffe, wollte die Nasa aus Gründen der Privatsphäre nicht mitteilen. Es habe sich um eine „ernste medizinische Situation“ gehandelt, die so auch auf der Erde hätte vorkommen können, sagte Nasa-Chef Jared Isaacman.

Vorzeitige Rückkehr Seite 32

WETTER

FR	SA	SO
11°|1°	5°|-1°	4°|-3°

KONTAKT

Redaktion	(0511) 518-0
Abo-Service	(0800) 123 43 04*
Kleinanzeigen	(0800) 123 44 01*

*KOSTENLOSE SERVICENUMMERN

www.haz.de
@Hannoversche Allgemeine
@haz.de

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

4 190347 302809 50003

„Das wäre das Ende der Nato“

Ergebnislose Gespräche zwischen den USA und Dänemark über Grönland

Von Roy Martin

Nuuk. Der Anspruch von US-Präsident Donald Trump auf Grönland führt weiter zu Spannungen zwischen den USA auf der einen und Dänemark und der EU auf der anderen Seite. Ein Gespräch des dänischen Außenministers Lars Løkke Rasmussen und seiner grönländischen Kollegin Vivian Motzfeldt mit US-Außenminister Marco Rubio und Vizepräsident JD Vance brachte keine Einigung. Rasmussen sprach von einer „grundlegenden Meinungsverschiedenheit“. Es bleibe „klar, dass der Präsident den Wunsch hat, Grönland zu erobern“. Ein Einmarsch der USA „wäre das Ende der Nato“, sagte er dem Sender Fox.

Trump wiederholte seine Ansicht, dass Dänemark Grönland nicht verteidigen könne. „Wenn wir nicht reingehen, wird Russland reingehen und China wird reingehen. Und es gibt nichts, was Dänemark dagegen tun kann, aber wir können alles dagegen tun“, sagte er.

Rasmussen sagte, er halte es für unwahrscheinlich, dass die Grönländer für einen Anschluss an die USA stimmen würden, selbst wenn Washington ihnen finanzielle Anreize anbiete. „Ich glaube, dass die USA auf keinen Fall für ein skandinavisches Wohlfahrtssystem in Grönland zahlen werden“, sagte er dem US-Sender Fox nach den Verhandlungen. So etwas gebe es in den USA nicht.



Übersetzt „Make America go away“: Kappen mit Botschaft in Kopenhagen. FOTO: IMAGO/JOHAN NILSSON

In Nuuk sagten Einwohner, es sei gut, dass es das Treffen gegeben habe. Doch es blieben mehr Fragen als Antworten. In Kopenhagen sagte die 38-jährige Line McGee, sie sei froh, dass es diplomatische Fortschritte gebe. „Ich glaube nicht, dass die Bedrohung verschwunden ist“, sagte sie der AP. „Aber ich fühle mich etwas besser als gestern.“

Der Grönland-Konflikt Seite 2
Leitartikel Seite 2



„Villa Ganz“ will das Leben von Alleinerziehenden verändern

„Wir arbeiten integrativ": Das Stifterehepaar Kristina Osmers und Werner Dicke plant am Kronsberg 40 Wohnungen – als Schlüssel für Chancengleichheit. Das Millionenprojekt hat aber noch einen Haken.

Von Andrea Tratner



Vision am Kronsberg: Kristina Osmers und Werner Dicke haben mit ihrer Stiftung große Pläne. FOTO: TIM SCHAARSCHMIDT

Gestrüpp wuchert auf dem Erdhügel am Rand des Baufeldes zwischen den Straßen Kreuzbusch und Lehmbuschfeld, ein scharfer Wind pfeift über den Kronsberg. Doch für viele Menschen ist diese Fläche ein Sehnsuchtsort: Denn Kristina Osmers und Werner Dicke wollen hier mit ihrer Stiftung ein Projekt mit 40 Wohnungen für Alleinerziehende und Alleinstehende schaffen. Das Paar ist überzeugt: „Die Wohnung ist der Schlüssel für mehr Chancengleichheit.“

Kristina Osmers war lange im Schuldienst. Die 70-jährige frühere Leiterin der Albert-Schweitzer-Schule in Sarstedt hat festgestellt, dass leider der Spruch gelte: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, was aus dir wird. Kinder aus bestimmten Straßen oder Wohnvierteln haben keine Chance.“ Das will sie so nicht stehen lassen. „Jedes Kind hat Potenzial.“ Aber es komme auf das Umfeld an, wie ein Kind sich entwickeln könne.

Erste Schritte in der Wasserstadt

Alleinerziehende und Alleinstehende unter einem Dach. In der Wasserstadt Limmer verwirklichen Kristina Osmers und Werner Dicke das Konzept bereits. Im Komplex der Baugruppe Jawa („Jung und alt am Wasser“) finanzieren sie sieben sozial geförderte Wohnungen, im Sommer 2027 sollen sie bezugsfertig sein.

Marlies Heine (70), die bereits in Limmer lebt, würde dort gerne einziehen, sieht sich auch schon als Teil der Jawa-Community. Aber ein Restrisiko bleibt. Obwohl Heine alle Kriterien für eine sozial geförderte Wohnung erfüllt, könnte es sein, dass Notfälle den Vorzug bekommen. „Die Wohnungsvermittlung ist ein heikler Punkt“, räumt Kristina Osmers ein. Denn die Stadt Hannover habe das Belegrecht und entscheide, wer die geförderten Wohnungen zugeteilt bekomme.

Bürokratie und „neue Wege“

Osmers weiß das. Aber die bürokratischen Regelungen widerstreben der Frau, die ein großes Herz hat und so gerne „neue Wege“ gehen würde. „Zur Architektur gehören auch die Menschen. Der Prozess setzt viel früher ein“, sagt die 70-Jährige resolut. Mit ihrer Stiftung will sie Perspektiven geben, die späteren Mieterinnen und Mietern bereits in die Entstehungsgeschichte einbinden.

Osmers und Dicke haben ihre Stiftung „Villa Ganz“ genannt – darin stecken die Anfangsbuchstaben von „generationsübergreifendes alternativ-nachbarschaftliches Zusammenleben“. Und die Villa haben sie dem englischen Village, also Dorf, entlehnt. Denn um Gemeinschaft geht es, um Nähe und Zusammenhalt, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen in anonymen Plattenbauten nicht unbedingt bekommen. „In Blöcken mit vielen Sozialwohnungen eskalieren die Probleme oft“, glaubt Werner Dicke. „Wir arbeiten integrativ.“

Als der 72-Jährige erzählt, was ihn zu diesem Engagement bewegt, entschuldigt er sich fast für die Emotionalität im Gespräch. „Ich habe Armut kennengelernt.“

Stifter Dicke wurde selbst gefördert

Dicke stammt aus kleinbäuerlichen Verhältnissen in Hessen, das Geld war knapp. „Weihnachten und Geburtstage waren immer ein Kraftakt“, erinnert er sich. Bildung steht nicht im Mittelpunkt der Familie mit vier Kindern. „Die einzigen Bücher in unserem Haus waren das Gesangsbuch aus der Kirche und die Bauernzeitung.“ Dicke schafft den Sprung: „Der Lehrer und der Pfarrer haben mich unterstützt. Und ich war der erste Jahrgang, der damals Schüler-BAföG bekam.“

Mit der Förderung finanziert Dicke unter anderem die Busfahrkarten zur weiterführenden Schule in der Kreisstadt – seinen Weg zum Abitur. Später studiert er Wirtschaftswissenschaften, wird Handelslehrer. „Ich war darauf angewiesen, von Personen außerhalb der Familie gefördert zu werden. Jetzt fördere ich andere.“

> „Ich habe Armut kennengelernt.“
>
> **Werner Dicke,** Stiftung „Villa Ganz“

1997 haben sich Kristina Osmers und Werner Dicke kennengelernt, Kinder oder Enkel hat das Paar nicht. „Wir stecken alles in die Stiftung“, sagt der 72-Jährige mit einem Augenzwinkern. Das gilt für fast eine halbe Million Euro Stiftungskapital, aber auch für Zeit und Herzblut. „Es ist der Job nach dem Job, eine Kärrnerarbeit“, sagt Osmers über den Unruhestand. Alleine zwei Jahre habe man an der Satzung für die Stiftung getüftelt. „Sie gilt auf ewig.“

„Villa Ganz“ sei eine „operative Stiftung“, erklärt Osmers. „Das Geld fließt in Gebäude.“ Denn auf der Suche nach einem Stiftungsziel habe das Paar festgestellt: „Nur wenige engagieren sich für den Bau von Wohnungen. Wir sehen darin das Mittel, Armut zu bekämpfen.“

Dass eine Gruppe davon besonders betroffen ist, belegen Zahlen des Landes Niedersachsen: 34,5 Prozent der alleinerziehenden Personen beziehen staatliche Unterstützung, 40,9 Prozent sind von Armut gefährdet. „Villa Ganz“ hat diese Menschen im Blick.

Und sie haben mit Katharina Ernsting (37), die ihre Kinder im Alter von acht und zwölf Jahren ohne Partner großzieht, eine Fürsprecherin im Stiftungsbeirat. „Ich kenne so viele Geschichten aus meinem Umfeld.“ Mietverträge, die nach der Trennung gekündigt werden. Die schwierige Suche nach einer neuen Unterkunft, der Kampf gegen Vorurteile. Der Zwang, für eine finanzierbare Wohnung das gewohnte Umfeld verlassen zu müssen. „Das Netzwerk geht verloren. Doch gerade Alleinerziehende brauchen es so dringend.“

Das „Villa Ganz“-Konzept will Alleinstehende und Alleinerziehende zusammenbringen. „Es gibt so viele Dinge, die jede Gruppe geben kann. Und andere, die sie braucht“, findet Ernsting. Das sieht auch Stiftungsgeberin Osmers so: „Man kann Zeitressourcen teilen, dieses System kann atmen.“



Die Pläne liegen vor: Kristina Osmers und Werner Dicke suchen für ihr Kronsberg-Projekt noch Partner aus der Wohnungswirtschaft. FOTO: ANDREA TRATNER

Das benötigen Alleinerziehende

Ernsting hat als alleinerziehende Mutter bei der Planung aber auch ganz praktische Hinweise gegeben: „Es geht um die Grundrisse. Ideal sind viele kleine Zimmer. Denn einige meiner alleinerziehenden Freundinnen haben nur ein Schlafsofa in der Wohnküche.“

Der Weg dahin ist allerdings am Kronsberg noch weit: Eigentlich war der Plan von Osmers und Dicke gewesen, als Teil des Ecovillage-Projektes am Kronsberg zu bauen. Doch die ambitionierte Ökosiedlung geriet 2024 in finanzielle Schieflage, das Vorhaben platzte. Der Kaufvertrag für das Areal wurde rückabgewickelt – die Stadt will neu planen.

So geht es weiter am Kronsberg

Das Stifterehepaar konnte aber auf einen für 99 Jahre gültigen Erbpachtvertrag für ein 500 Quadratmeter großes Teilgrundstück pochen. „Die Stadt hat viele Vorschläge für Alternativflächen gemacht“, lobt Osmers. Allerdings ist das Kronsberg-Grundstück, das nun im Gespräch ist, fünfmal so groß.

Also passten Osmers und Dicke ihre Pläne an: Rund um den ursprünglichen „Wohnhof“ mit überdachtem Eingangsbereich, Sitzgelegenheiten und Gemeinschaftsraum sollen zwei Gebäuderiegel entstehen – insgesamt werden es 40 Wohnungen. Das Millionenprojekt hat neue Dimensionen, aber auch einen Haken: die Finanzierung. „Wir suchen Partner aus der Wohnungswirtschaft“, sagt Osmers offen. Auch Spenden helfen der gemeinnützigen Stiftung.

150.000 Euro sind schon in das Projekt geflossen. „Wir haben nur einen Versuch“, sagt Kristina Osmers mit Ernst in der Stimme. „Das muss klappen.“

Petition für mehr Sozialwohnungen

Kristina Osmers sammelt noch bis 22. Januar 30.000 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag in Berlin. Die Neue Wohngemeinnützigkeit sieht vor, dass Genossenschaften, Stiftungen und andere Anbieter steuerliche Vorteile bekommen sollen, wenn sie Mieten dauerhaft unter dem Marktniveau halten und bei der Auswahl ihrer Mieterinnen und Mieter Höchstgrenzen beim Einkommen beachten. Das Modell ist seit Beginn des Jahres 2025 in der Abgabenordnung verankert. Osmers will erreichen, dass auch staatliche Investitionszuschüsse fließen. Im Koalitionsvertrag gebe es dazu eine Ankündigung, bisher aber keine Maßnahmen zur Umsetzung. „Zuschüsse senken die Einstiegshürden für Investitionen“, argumentiert sie.

